Schäuble

JOSE GIRIBAS

VERSCHULDUNG

Bundesländer erpressen Schäuble

Die Bundesregierung sieht sich bei der Ratifizierung des Fiskalpakts einer Front aller 16 Bundesländer gegenüber. Bei den Verhandlungen am vergangenen Donnerstag schlossen sich die unionsregierten Länder zentralen Forderungen von SPD und Grünen an. Alle verlangen nun zusätzliche Hilfen des Bundes. So müsse Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte komplett übernehmen. Zunächst solle er ab 2013 ein Drittel der jährlich zwölf Milliarden Euro schultern – und seinen Anteil dann steigern. Darüber hinaus wehren sich die Länder vehement gegen eine raschere Konsolidierung ihrer Haushalte. Sie stützen sich dabei auf eine interne Berechnung, nach der viele Ressortchefs die Vorgaben des Fiskalpakts nicht erfüllen können. Der Vertrag verlangt, dass Deutschland sein strukturelles Defizit ab 2014 auf 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung begrenzt. Gleichzeitig will der Bund bereits 2014 die deutsche Schuldenbremse einhalten und sein Haushaltsminus auf 0,35 Prozent reduzieren. Für Länder und Kommunen bleibt eine Neuverschuldung in Höhe von 0,15 Prozent. Dieser Wert entspricht dann gut vier Milliarden Euro. Nordrhein-Westfalen dürfte danach 2014 nur noch Schulden in Höhe von gut 900 Millionen Euro machen, plant aber mit 3,3 Milliarden Euro. Auch Hessen, Berlin und Hamburg kalkulieren mit einer weitaus höheren Kreditaufnahme als erlaubt.

„Es ist schon sehr befremdlich, dass die Länder sich ihre europapolitische Verantwortung wie auf dem Basar abkaufen lassen wollen.“

Michael Meister
Unionsfraktionsvize

SALAFISTEN

Terroristen-Sparbuch

Nach den bundesweiten Durchsuchungen bei radikal-islamischen Salafisten prüfen Ermittler Verbindungen des verbotenen Vereins Millatu Ibrahim zu einem Mitglied der vor fünf Jahren im Sauerland aufgeflogenen Terrorzelle. In der Solinger Millatu-Ibrahim-Moschee stellten die Fahnder am vergangenen Donnerstag eine Geldkassette mit persönlichen Sachen von Fritz Gelowicz sicher. Es handelt sich unter anderem um ein entwertetes Sparbuch und Kontoauszüge. Gelowicz und drei weitere Mitglieder der Sauerland-Gruppe hatten vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht gestanden, Autobombenanschläge auf US-Soldaten geplant zu haben. Im März 2010 wurde Gelowicz als Rädelsführer zu zwölf Jahren Haft verurteilt.

JO SCHWARTZ / DER SPIEGEL

Durchsuchung in Solingen

LINKE

Harmonie nach Plan

Nach dem Zerwürfnis zwischen Oskar Lafontaine und Gregor Gysi auf dem Göttinger Parteitag der Linken setzen beide auf ein Stillhalteabkommen bis zum kommenden Jahr. Lafontaine und Gysi vereinbarten am vergangenen Donnerstag, die heikle Frage der Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl bis zum Frühjahr 2013 zu vertagen. Damit sollen erneute Kämpfe zwischen den Flügeln wie bei den Personaldebatten für den neuen Vorstand in den vergangenen Wochen vermieden werden.